

Vernehmlassungsantwort zur Vorlage “Städtische Kulturförderung: Schwerpunkte und Mittelverwendung der Präsidialdirektion 2016-2019”

1. Einleitende Bemerkungen

Grundsätzlich begrüssen die Grünliberalen die Tatsache, dass ein Entwurf für ein Papier zur städtischen Kulturförderung für die Jahre 2016-2019 vorliegt. Wir sind von der Notwendigkeit eines solchen Papiers überzeugt. Ein Papier über die Schwerpunktsetzung und Fördermittelverwendung ist zentral aus folgenden Gründen: erstens, damit die Kulturschaffenden und Steuerzahlenden sowie die Politik verlässlich über die Position und Absichten der Präsidialdirektion¹ informiert sind und zweitens, damit zwischen diesen Akteuren ein echter Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit entstehen kann. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass diese Grundlagen zur Zeit nicht oder nur lückenhaft bestehen.

Wir begrüssen deshalb auch die Tatsache, dass Politik und Kulturschaffende zur Vernehmlassung eingeladen werden. Allerdings verlangen die Grünliberalen, dass die Vernehmlassungsantworten ernst genommen werden und in eine definitive Fassung einfließen müssen. Eine minimale Forderung ist die respektvolle Diskussion auf Augenhöhe als Antwort auf die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung. Die Präsidialdirektion ist nun gefragt, den Kontakt mit den Vernehmlassungsadressaten zu suchen und die Grundlagen für eine konstruktive zukünftige Zusammenarbeit zu schaffen. In erster Linie trifft dies auf Vernehmlassungsantworten von Seiten der Kulturschaffenden zu, welche die primären Partner der Präsidialdirektion darstellen, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit der Reitschule (IKuR) und die Grosse Halle, welche mit ihrem Kulturschaffen massgeblich zum konstruktiven Umgang mit gewissen gesellschaftlichen Problembereichen beitragen.

Der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage fehlt allerdings eine saubere Problemanalyse. So scheint ein grosser Teil der Vorschläge und Absichtserklärungen nicht nachvollziehbar. Erst eine Schilderung der Ausgangslage würde das Verbesserungspotential sichtbar machen und eine Beurteilung der geplanten Strategien ermöglichen.

2. Schwerpunkte

Zu den drei vorgeschlagenen Schwerpunkten nehmen die Grünliberalen wie folgt Stellung.

1. Zeitgenössische Kultur. Eine Zwangsfusion von Dampfzentrale und dem Schlachthaus Theater in dieser kurzen Zeit erachten wir nicht als sinnvoll. Der inzwischen angelaufene Prozess soll ohne Zeitdruck weitergeführt werden. Die beiden Häuser sollen dabei unterstützt werden, Formen der Zusammenarbeit zu

¹ Analog zum Titel der Vernehmlassungsvorlage wird nicht die Abteilung Kulturelles, sondern die Präsidialdirektion als Verfasserin und Empfängerin der Vernehmlassung genannt.

prüfen und zu entwickeln. Die in Aussicht gestellten zusätzlichen 200'000 Sfr sollen bis zum Abschluss des Prozesses für die Kommission für freies Theater- und Tanzschaffen der Stadt Bern zur Verfügung stehen.

2. Koordinierte Vielfalt. Die Grünliberalen sehen ein Verbesserungsbedürfnis insbesondere bei der Zusammenarbeit der Präsidialdirektion mit den Kulturschaffenden sowie beim als mangelhaft wahrgenommenen Interesse der Abteilung Kulturelles an den Produktionen der Kulturschaffenden in Bern. Die Grünliberalen sehen deshalb keinen Bedarf nach einem gemeinsamen Auftritt, unterstützen jedoch den Aufbau neuer Kommunikationsgefässe sowie regelmässige Treffen. Die Abteilung Kulturelles sollte aktiv den Kontakt zu den Kulturschaffenden suchen. Das Potential des Versuchs, die vorhandene Vielfalt unter einem vermeintlich PR-freundlichen Schirm, wie z.B. Biennale und Musikfestival, zu vereinen steht und fällt mit der fruchtbaren und respektvollen Kooperation mit den Akteuren. Die in der Vorlage verlangte Offenheit des KTB gegenüber Zusammenarbeit mit der Freien Szene scheint erstrebenswert, jedoch momentan nicht prioritär.
3. Kulturelle Teilhabe und Partizipation. Auch bei diesem Schwerpunkt ist es den Grünliberalen nicht klar geworden, welche Lösungen für welche Probleme vorgeschlagen werden. Vorgeschlagen wird der Einsatz direkter Förderung in den Kulturdialog resp. Gewinnung neuen Publikums. Nach Auffassung der Grünliberalen ist es nicht Aufgabe des Staates, Marketingfunktionen für die geförderten Häuser zu übernehmen. Vorstellbar sind jedoch Bemühungen im Bereich der Kulturvermittlung.

3. "Vielfalt bedeutet nicht, einfach alles zu unterstützen"

Dieser Satz aus dem Vorwort von Alexander Tschäppät scheint der Fraktion der Grünliberalen zentral. Es ist zu begrüßen, dass eine Auswahl bezüglich geförderter Institutionen getroffen wird. Bestimmt könnte man sich lange darüber streiten, wer ebenfalls unterstützungswürdig wäre, oder wer mehr oder weniger Unterstützung verdient. Die Grünliberalen erachten es jedoch nicht als Teil ihrer Rolle in der Kulturförderungsdebatte, hier von sich aus Detailforderungen zu initiieren.

Allerdings gibt es eine alte Forderung der Grünliberalen, sei es mit Planungserklärungen oder in anderen Kontexten der Diskussion, nämlich die Umverteilung der Kulturförderungsgelder zugunsten der Freien Szene. Dabei unterscheiden die Grünliberalen zwischen der Förderung der Institutionen mit Leistungsverträgen, welche vorwiegend Produktionen der freien Szene zeigen, und den Förderbeträgen, welche von den Kommissionen der Kunstschaffenden aus der freien Szene gesprochen werden. Diese Unterscheidung ist zentral.

Die Grünliberalen gehen davon aus, dass staatliche Kulturförderung mehrere Funktionen erfüllt: (1) die Nachwuchsförderung und Förderung eher experimenteller „Grundlagenforschung“, in diesem Kontext in erster Linie durch die Kulturförderkommissionen betrieben, (2) die Unterstützung von Infrastruktur, bzw. einem förderlichen institutionellen Rahmen, in diesem Kontext in erster Linie durch Leistungsverträge sowie (3) die Aufrechterhaltung und Pflege von kulturellem Erbe, in diesem Kontext vor allem durch die Leistungsverträge mit den – wie sie in der Vorlage salopp genannt werden – „traditionellen“ Kulturinstitutionen.

Die Grünliberalen haben stets eine Verschiebung der Fördergelder von (3) zu (2) und (1) verlangt. Insbesondere (1), die Fördermittel welche den Kommissionen zur Verfügung stehen, sind im Vergleich zu (3) nicht genügend. Es ist für die Grünliberalen des halb nicht einsichtig, dass ausgerechnet die absoluten Beiträge an KTB deutlich erhöht werden sollen.

4. Situation der Kulturschaffenden

Die Förderbeiträge, welche den Kulturförderkommissionen zur Verfügung stehen, können den Auftrag nach einer nachhaltigen Förderung, welche nicht vorwiegend gemäss Giesskannenprinzip funktioniert, momentan nur sehr bedingt erfüllen. Da nur jährliche Förderbeträge gesprochen werden können, stellt die fehlende Planungssicherheit für Kulturschaffende eine grosse Prekaritätsgefahr dar.

Denkbar wäre für die Grünliberalen deshalb ein Förderinstrument analog der Personen- und Grundlagenforschungsförderung des Schweizerischen Nationalfonds, in welchem Kulturschaffende Projekt- und Fördereingaben mit einer Laufzeit von 2-4 Jahren machen können. Diese längerfristigen Förderungen mit Ergebnisbericht tragen auch zur Sichtbarkeit der Ergebnisse der Kulturförderung bei, wie dies z.B. vom Bundesamt für Kultur im Bezug auf die Bundesmillion verlangt wird. Die Kulturförderkommissionen könnten so Schwerpunkte setzen und freien Kulturschaffenden dringend notwendige Planungssicherheit als Rahmen zur Verfügung stellen.

Weiterhin unterstützen die Grünliberalen die Bemühungen der Kulturschaffenden, die Vorsorgesituation zu verbessern. Es ist deshalb wichtig, dass Förderbeiträge nicht nur AHV-pflichtig sind, sondern auch mit einem Vorsorgeobligatorium punkto Pensionskassenbeiträge verbunden sind. Auch wäre es mit einem Obligatorium vorstellbar, das System der Fördergelder des Schweizerischen Nationalfonds zu übernehmen und den Pensionskassenarbeitgeberbeitrag zu den direkten Förderbeträgen zuzuschlagen. Dies würde zu Mehrausgaben von ca. 220'000 Sfr pro Jahr führen (6% von 3,7 Mio direkte Förderbeiträge).

Selbstverständlich scheint den Grünliberalen, dass man die Häuser mit Leistungsverträgen verpflichtet, faire Löhne zu zahlen und ein Lohngefälle zu präsentieren, das nicht breiter ist als dasjenige der städtischen Personals.

5. Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Abteilung Kulturelles

Es besteht eindeutig ein Mangel an Vertrauen in der Zusammenarbeit mit der Abteilung Kulturelles. Die Grünliberalen begrüssen, dass dieses Problem offenbar erkannt wurde. Sowohl der Vernehmlassungsprozess sowie der Vorschlag, regelmässig das Gespräch mit Kulturschaffenden zu suchen werden deshalb eindringlich unterstützt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Kommunikation dahingehend verändert, dass respektvoll und auf Augenhöhe zusammen gearbeitet wird.

Auch mit dem Stadtrat, als das über das Budget entscheidende Organ, muss eine verbesserte Zusammenarbeit gepflegt werden. Es besteht von Seiten des Stadtrats als Vertreterinnen und Vertreter der Stimmbevölkerung die Erwartung, mit der Budgethoheit auch ein strategisches Mitspracherecht zu beanspruchen. Ohne eine strategische Positionierung bezüglich der Verteilung der Fördergelder ist dies nicht umsetzbar. Dies führt regelmässig zur unbefriedigenden Situation, dass der Stadtrat entweder die Gelder und Leistungsverträge unverändert in der Version des Gemeinderates durchwinken oder das Budget oder zumindest ganze Leistungsverträge ablehnen muss. Eine Ablehnung hätte zur Folge, dass die betreffenden Institutionen gar keine Unterstützung mehr erhielten

und damit ihre Arbeit nicht mehr ausüben könnten. Die Grünliberalen verlangen deshalb in einer Motion ein jährliches Kulturförderungskonzept zuhanden des Stadtrats, und zwar vor der Budgetdebatte. Weiterhin verlangt die Motion eine 4-jährliche Kulturförderungsstrategie, welche zeitlich vor der Aufnahme der Verhandlungen zu den Leistungsverträgen zur Verfügung steht. Diese ermöglicht es dem Stadtrat, die Positionierung der Kulturförderung nachzuvollziehen, bevor Mittel fix über Jahre in Verträgen gebunden sind. Im Budget soll das jährliche Kulturförderungskonzept wie auch die 4-jährliche Kulturförderungsstrategie mit jeweils einer Steuerungsvorgabe verankert werden.

Auch mit den umliegenden Gemeinden, welche einen grossen Teil des Publikums des Kulturangebots der Stadt Bern bestreiten, soll ein intensiverer Dialog geführt werden. Das Ziel muss sein, dass sich die "Konsumationsgemeinden" auch finanziell stärker beteiligen. Dazu wäre es angebracht, die betroffenen Gemeinden auch in die Planung enger einzubeziehen. Allenfalls wäre ernsthaft zu prüfen, ob zum besseren Finanzierungsgrad für Auswärtige höhere Eintrittspreise verlangt werden sollten.

6. Änderungen bezüglich vorgeschlagene Beitragserhöhungen

Die Präsidialdirektion schätzt, dass das Budget der Stadt durch Verschiebungen beim Finanzausgleich und anderen Faktoren aufgrund dem neuen Kantonalen Kulturgesetz um etwa 6 Mio entlastet wird. Die Vorlage schlägt Beitragserhöhungen in der Höhe von total 1,4 Mio vor. Mit Einbezug dieser Erhöhungen, sehen die vorgeschlagenen Kulturbeiträge gegenüber der letzten Beitragsperiode 2013 eine Entlastung von -300'000Sfr vor. Die Grünliberalen begrüssen dies, und verlangen zudem Änderungen in den folgenden Bereichen des vorgeschlagenen Budgets (siehe Tabelle): Eine Verschiebung der Erhöhungen für Stadttheater und Historisches Museum zu Gunsten der Kommissionen als gebundene Ausgaben für Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse (falls vorhanden), sowie eine Verschiebung der Erhöhungen der direkt von der Abteilung Kulturelles verwalteten Beiträge an die Kommissionen, z.B. für ein neues mehrjähriges Förderinstrument (siehe Punkt 4). Die vorgeschlagenen Verschiebungen führen zu einer zusätzlichen Entlastung von -183'000 SFr pro Jahr.

Bestrittene Erhöhung:	Vorlage	Forderung glp
KTB (2015-2019)	+ 327'000 jährlich	+ 0
Historisches Museum (2016-2019)	+ 78'000 jährlich	+ 0
Tojo Theater (2016-2019)	+ 40'000 jährlich	+ 80'000 jährlich
Von der Abteilung Kulturelles verwalteter Kredit für ausserordentliche Beträge (jährlich)	+ 252'000 jährlich	+ 0
Von der Abteilung Kulturelles verwalteter Kredit für Stadtentwicklung durch Kultur	+ 25'000 jährlich	+ 0
Kulturförderkommissionen inkl. Förderinstrument für mehrjährige Projektbeiträge analog SNF	+ 196'000	+ 473'000
Beiträge an Pensionskassen (6% Arbeitgeberbeiträge auf Direkte Förderung)	+ 0	+ 222'000
Total Unterschied Erhöhungen		- 183'000

27. August 2014

Ihr Kontakt: melanie.mettler@grunliberale.ch, Tel: +79 312 25 21